

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 666

Mittwoch, 17. Oktober 2018

25. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Untersuchungen der Obersten Wahlbehörde TSE: Welche Partei steht 2019 noch zur Wahl ?.....	1
Artikel 407N des Strafgesetzbuches (Wahlkampffinanzierung) und Interessenkonflikte.....	3
Ermittlungen gegen Marvin Mérida wegen der Erschleichung von Geldern für FCN-Nación.....	3
Jafeth Cabrera afirma que Jeep J8 pueden circular en cualquier lugar.....	4
Überlebender des Massakers von Dos Erres erkennt einen Kaibil vor Gericht wieder.....	4
Roxana Baldetti wird zu 15,5 Jahren Haft im Fall Amatitlán («Zauberwasser») verurteilt.....	5

## Editorial

*Die Untersuchungen über die (Il)Legalität der Wahlkampfhilfen für die Parteien betreffen inzwischen alle Kongressfraktionen. Wenn diese Parteien tatsächlich aufgelöst werden würden, wer steht dann eigentlich 2019 noch zur Wahl? Na ja, so könnte man sagen, so weit wird es nicht kommen. Trotzdem sind die Parteien aufgeschreckt und sie trauen den Behörden so einiges zu. Anders sind die Gesetzesinitiativen zum Parteienfinanzierungsgesetz nicht erklärbar. Nineth Monetengro, gegen die als Generalsekretärin ihrer Partei EG ebenfalls ermittelt wird, hat nun erklärt, dass sie wegen Interessenkonflikten keine Stimme zu dem Entwurf abgeben will. Da ist sie eine Ausnahme. Laut der Abgeordneten Andrea Villagrán (TODOS) laufen gegen 66 der insgesamt 159 Kongressabgeordneten ähnliche Ermittlungen, weswegen diese – so hat sie beim Verfassungsgericht beantragt – aufgrund von Interessenkonflikten von der Abstimmung ausgeschlossen werden sollten. Eine Entscheidung dazu gibt es noch nicht.*

*Eine erste Rechtsentscheidung gibt es freilich gegenüber der ex-Vizepräsidentin Roxana Baldetti, die ja mehrfach angeklagt ist. Das Urteil erging nun im Falle «Zauberwasser», der als Betrug gewerteten „Reinigung“ des Amatitlán-Sees vor einigen Jahren. 15,5 Jahre Haft lautet das Urteil, das die Verteidigung der Politikerin umgehend anfechten wird. Ebenfalls vor Gericht steht ein ehemaliger Elitekämpfer der Kaibiles. Einer der wenigen Überlebenden des Massakers Dos Erres im Petén 1982 hat ihn vor Gericht als Beteiligten wiedererkannt.*

*Und die letzte Nachricht betrifft die Militärfahrzeuge, die bei Bekanntgabe des Beendigung des Mandates der CICIG durch Präsident Morales in der Nähe von CICIG und der US-Botschaft herumfahren und Ängste vor einem Militärputsch schürten, aber auch die USA verärgerten, die diese Fahrzeuge für Guatemala bezahlt hatten, aber nicht zum Zwecke der Einschüchterung ihres Botschafters. Der Vizepräsident gab zu, dass es entsprechende Befehle aus dem Innenministerium gab, d.h. er gab zu, dass sie fahren sollten – nicht, dass sie der Einschüchterung dienen sollten ... .*

## Untersuchungen der Obersten Wahlbehörde TSE: Welche Partei steht 2019 noch zur Wahl ?

**Guatemala, 10. Okt.** - Die Regierungspartei FCN, die Jimmy Morales zur Präsidentschaft führte, sieht sich erschrocken der Möglichkeit gegenüber, in 120 Tagen als Partei aufgelöst zu werden. Ähnliches könnte auch der linksliberalen Gemeinsam für Guatemala (EG) und der konservativen Union für eine nationale Veränderung (UCN) geschehen, während gegen sechs weitere politische Gruppierungen Ermittlungen andauern. Das ist die Situation, in der sich jene Parteien befinden, die bei den letzten Wahlen angetreten waren.

Seitdem die Staatsanwaltschaft (MP) und die CICIG bei der Obersten Wahlbehörde (TSE) die Auflösung der Partei FCN beantragt hatten, hat die Regierungspartei neun rechtliche Schritte eingeleitet und einen Monat Pause in dem Verfahren erreicht. Seither sind vier Monate verstrichen und der Direktor des Bevölkerungsregisters versichert, dass alle Mittel aufgebraucht sind und dass innerhalb von zehn Tagen eine Entscheidung darüber gefällt wird, sofern er der An-

sicht ist, dass man nicht doch noch mehr Zeit brauchen würde. (...)

Der Direktor, Leopoldo Guerra, erklärte, dass das Gesetz ihn auffordere, innerhalb der nächsten zehn Tage den Prozess der Auflösung der Regierungspartei zu beschliessen oder aber ihr Weiterbestehen erlauben könne. Das heisst, der Tag der Entscheidung ist der 22.10. „Wir begutachten im Moment noch einmal all unsere Informationen. Das sind etwa 3.000 Dokumente. Uns interessiert dabei herauszufinden, ob es während des Wahlkampfes 2015 Zahlungen an SchatzmeisterInnen der Partei auf lokaler oder departmentaler Ebene gegeben hat“, sagte Guerra über den Entscheidungsstand. Weiterhin erläuterte er, dass eine Auflösung von der Bestätigung der Zahlungen an die SchatzmeisterInnen abhinge und ob diese Beiträge von Seiten einer Gruppe von UnternehmerInnen getätigt wurden. Obwohl beide Befunde von der MP nachgewiesen und von einigen unternehmerischen Finanziers gegenüber der Öffentlichkeit bestätigt wurden (sie hatten in einer Pressekonferenz um Entschuldigung gebeten), versicherte Guerra, dass seine Behörde mehr als zehn Tage für seine Überprüfung benötige und daher eine Verlängerung von weiteren zehn Tagen wünsche. Was den Prozess natürlich hinaus ziehen würde. Die Erklärung von Guerra über eine mögliche Verlängerung der Frist wird von Analysten als ein Verfahren angesehen, das dem Wahlgesetz, welches die Möglichkeit einer Verlängerung in diesen Parteiauflösungsverfahren nicht benennt, widerspreche.

„Auf diesen Punkt müssen wir die Aufmerksamkeit lenken: Das Verhalten des Direktors für Bevölkerungsregister macht einen misstrauisch, da er etwas macht, was dem Gesetz widerspricht. Das kann neue rechtliche Schritte provozieren, weil die gesetzlich festgesetzten Schritte nicht eingehalten wurden“, sagt Eddy Cux, Anwalt der Organisation BürgerInnenaktion (AC). MP und CICIG werfen den Verantwortlichen der FCN Nación vor, während des Wahlkampfes 2015 illegale Spenden in Höhe von 15 Mio. Q (= 1,67 Mio. Euro) erhalten zu haben. Auf dieser Basis wurde auch ein Ermittlungsverfahren gegen Präsident Morales beantragt. Dieses liegt noch immer bei der Ermittlungskommission des Kongresses zur Entscheidung.

### **Die legalen Schritte und Rückschritte der FCN**

Seit dem 13. Juni hat die Partei neun verschiedene rechtliche Schritte gegen eine Auflösung eingeleitet. Die ersten waren zwei Anträge einer Erweiterung und Erläuterung der Position, die die TSE akzeptiert und daraufhin eine neue Frist gesetzt hat, um Entlastendes vorzulegen. Das brachte der FCN ein Monat mehr Zeit ein. Danach legte sie zwei Verfügungen in unterschiedlichen Gerichtssälen bezüglich Verwaltungsstreitverfahren ein – jedoch ohne Erfolg: ein Antrag wurde rechtskräftig abgelehnt, ein anderer Prozess läuft noch. Sie forderten ein weitere Erläuterung und Berufung, die jedoch vom TSE abgelehnt wurde. Es wurde auch ein Einspruch gegen die erste Entscheidung des Direktors des Bevölkerungsregisters zurückgewiesen. Der fünfte Saal für Verwaltungsstrafverfahren seinerseits betrat die Prozessbühne, indem es über eine Berufung und Klage der FCN entschied. Obwohl die Partei erwarten musste, dass das, was das Bevölkerungsregister entscheiden würde, ihr nicht wohlgesonnen sein würde, machten sie weiter mit ihren rechtlichen Schritten gegen eine Auflösung. „Im Falle eines Urteils, das für die Interessen der Partei schädlich ist, werden wir alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um dieses Urteil zu revidieren“, sagte der Abgeordnete der Regierungspartei, Adim Maldonado. Zu dem Verbot des Bevölkerungsregisters gegen den Fraktionschef der FCN, Javier Hernández, wollte sich Maldonado nicht äussern, da er dieses Verfahren noch genauer analysieren müsse. Hernández wurde vorgeworfen, vorzeitige Wahlkampfveranstaltungen gemeinsam mit Jimmy Morales durchgeführt zu haben.

### **Weitere Parteien, gegen die Ermittlungen und Verfahren zur Auflösung laufen**

Der Registrierbeamte Leopoldo Guerra stellte ebenfalls die Anträge der Auflösung der beiden Parteien EG und UCN vor und merkte an, dass es entsprechende Ermittlungen auch gegen die Parteien TODOS, PAN, CREO, Convergencia, VIVA und die URNG gebe. *(Gegen UNE laufen bereits Ermittlungen, sodass von den im Parlament verbliebenen Parteien nur die ReformistInnen MR und die BürgerInnenallianz AC, die aus den Parteien PP und LIDER entstanden sind, sowie die 1-Mann-Parteien Unionista, Fuerza und Winaq ohne Ermittlungen sind, d.Red.)*

Der EG wirft die Staatsanwaltschaft für Delikte im Zusammenhang mit Wahlen vor, dass sie nicht rechtzeitig den Status ihrer Finanziers im letzten Semester des Wahlkampfes 2015 eingereicht habe. Zudem könne die TSE nicht die Herkunft von Kampagnengeldern in Höhe von 1,7 Mio. Q (= 189.200 Euro) ermitteln, da sie keinen Zugang zum Rechnungswesen der Partei habe. Schliesslich habe die Ermittlung zwei nicht registrierte Beiträge gefunden: eine über 76.000 Q (= 8.460 Euro) von Maximum Financial and Investments Services für die Wahlkampagne 2015, und eine über 197.000 Q (= 22.000 Euro) von Publicidad Avance S. A. für die Wahlkampagne 2011.

Die Partei des Politikers aus Jalapa, Mario Estrada, die UCN, könnte aufgelöst werden wegen der Entdeckung von Ausgaben, die mit öffentlichen Geldern in den Jahren 2014 und 2015 finanziert wurden, welche die erlaubte Höhe von 2,5 Mio. Q (= 278.000 Euro) übersteigen. Zudem seien 15 Mio. Q (= 1,67 Mio. Euro) am Tag der Wahlen von 2015 benutzt worden, über die die TSE nicht informiert worden ist. Weitere 817.000 Q (= 91.000 Euro) der Wahlkampagne 2015 wurden nicht benannt. Schliesslich wurden Schecks in Höhe von 3,5 Mio. Q (= 389.500 Euro) gefunden, die im Namen des Vorstandes der Partei ausgestellt worden sind, ohne dass eine Finanzdeckung dokumentiert gewesen wäre. Damit liegt die Höhe der nicht dokumentierten Wahlkampfmittel der UCN bei über 21 Mio. Q (= 2,34 Mio. Euro).

Laut Guerra haben sowohl EG wie UCN 30 Tage Zeit, um ihre Argumente und ihre Unterlagen vorzulegen, danach haben sie weitere 30 Arbeitstage, um eine Überprüfungszeit zu beantragen. Danach hat die Registratur 10 Tage, um eine Entscheidung zu treffen. „Solange es keinen Beschluss über die Auflösung der Parteien gibt, können diese ihre Aktivitäten fortführen. Und wenn der Tag des Wahlaufzugs im Januar kommt, und es keine Entscheidung über die Auflösung geben sollte, dann können sie am Wahlprozess teilnehmen“, beruhigt Leopoldo Guerra. (Gladys Olmstead, Nomada)

## **Artikel 407N des Strafgesetzbuches (Wahlkampffinanzierung) und Interessenkonflikte**

**Guatemala, 11. Okt** – Die Fraktionschefin der Partei Gemeinsam für Guatemala (EG), Nineth Montenegro, gab bekannt, dass sie sich nicht an der Abstimmung über den Gesetzentwurf zum Umgang mit illegalen Wahlkampffinanzierungen beteiligen werde, da sie sich in einem Interessenkonflikt befinde. Sie stehe vor einem Ermittlungsverfahren wegen dieses Deliktes. Das Plenum wird über den Entwurf zur Änderung des Artikels 407N des Strafgesetzbuches abstimmen. Dabei geht es um die Strafe für illegale Wahlkampffinanzierung und den Umgang mit der Anonymität von SpenderInnen. Montenegro sagte dazu: „Angesichts der überraschenden und wenig untersuchten Unterstellung des MP und der CICIG gegen mich in meiner ausschliesslich administrativen Funktion als Generalsekretärin befinde ich mich in einem Interessenkonflikt.“ Sie wies darauf hin, dass sich ihre Entscheidung auf Artikel 18 des Gesetzes über die Rechtschaffenheit stütze: „Diese Norm besagt, dass es verboten ist, seine Amtsgewalt so nutzen, dass sie dem persönlichen Vorteil diene. Ich möchte dieses Gesetz respektieren.“ Die Generalsekretärin der Partei EG ist der Ansicht, dass das Delikt der illegalen Wahlkampffinanzierung gerecht und ausgewogen analysiert werden müsse. „Nach meiner jetzigen Erfahrung muss ich sagen, dass wir den Paragraphen 407 N ändern sollten“. Der entsprechende Entwurf wurde in zweiter Lesung angenommen, es fehlt jedoch noch die dritte Lesung und die Endredaktion des veränderten Textes.

### **Interessenkonflikte**

Beim Verfassungsgericht befindet sich ein Antrag der Abgeordneten Andrea Villagrán (TODOS), nach dem mindestens 66 Abgeordnete verboten werden soll, an der Abstimmung zum Artikel 407N teilzunehmen, da diese in einem Interessenkonflikt stünden. Laut Villagrán handelt es sich bei diesen um Mitglieder einer politischen Partei, gegen die die MP Ermittlungsverfahren führt, sodass diese möglicherweise in eine Zwickmühle kommen können. Der Antrag ist von dem höchsten Gericht noch nicht entschieden worden.

### **Was geändert werden soll**

Der neue Textentwurf für Artikel 407 N des Strafgesetzbuches, der sich nun im Plenum des Kongresses befindet, will die Strafe für illegale Wahlkampffinanzierung auf maximal 5 Jahre senken. Aktuell heisst der Text: „Wer sich dieses Delikts schuldig macht, wird mit einer Gefängnisstrafe von vier bis 12 Jahren ohne Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 215.000 Q (= 24.000 Euro) verurteilt.“

### **UNE sucht Hinterausgang, um die Partei zu retten**

In der Kongresssitzung von gestern versuchten Abgeordnete der UNE den Absatz k des Artikels 21 des Wahlgesetzes zu streichen, damit die Oberste Wahlbehörde keine Parteien wegen illegaler Wahlkampffinanzierung auflösen kann. (LH)

## **Ermittlungen gegen Marvin Mérida wegen der Erschleichung von Geldern für FCN-Nación**

**Guatemala, 10. Okt.** - Die Staatsanwaltschaft für Delikte im Zusammenhang mit Wahlen wird mit ihren Ermittlungen gegen Marvin Mérida, einem Freund von Präsident Jimmy Morales, fortfahren. Diesem werden die Umwidmung von Geldern für den Wahlkampf 2015 vorgeworfen, die dem TSE nicht gemeldet worden waren.

Virginia de León, Richterin der zweiten Strafkammer, verwarf eine Beschwerde von Claus Marvin Mérida Jiménez gegen die Ermittlungen. Der Freund von Jimmy Morales hatte dem Staatsanwalt Oscar Shaad vorgeworfen, eine gleichzeitige Ermittlung laufen zu lassen. Nach Einschätzung der Richterin De León ist die Beschwerde nicht begründet. Das Argument von Mérida Jiménez ist, dass die Staatsanwaltschaft durch ihre Untersuchungen den Fall an ErmittlerInnen weitergeben konnte, die sich an dem Fall erfreuen. Die Beschwerde von Mérida Jiménez wurde im Mai beantragt, jedoch erst diese Woche bekannt gegeben.

### **Anschuldigungen**

Mérida Jiménez war Angestellter im Präsidentsamt, zuständig für Fragen der Migration in die USA. Er wurde angezeigt, weil er mutmasslich von MigrantInnen Geld verlangt hat, die er dann für die Wahlkampfkampagne von Morales verwendet hat. Die Generalstaatsanwaltschaft der Nation (PGN) zeigte ihn wegen Amtsanmassung und Amtsmissbrauchs an, da er mutmasslich einen Kontrakt in Höhe von 7,2 Mio. Q (= 801.000) mit der US-Lobbyfirma Barnes & Thornburg unterschrieben hat. Laut Anklage hat Marvin Mérida durch die Verwendung der Geldmittel für die Partei FCN staatliche und bundesstaatliche Gesetze der USA verletzt, etwa Steuervermeidung und womöglich Geldwäsche. Das letzte bezieht sich darauf, dass er die Herkunft und Bestimmung des Geldes, das er zwischen April und Dezember 2015 einsammelte, nicht registriert hatte. Aus diesen Gründen könnten US-Kriminalbehörden wie das FBI die Taten von Mérida untersuchen.

Der ehemalige Diplomat seinerseits warf dem damaligen US-Botschafter in Guatemala Einmischung in innere Angelegenheit vor. Ebenfalls beklagte sich Mérida bei der damaligen Sekretärin der MP, Mayra Véliz, da sie 106 guatemalteki-sche Pässe an AusländerInnen autorisiert habe, als diese zwischen 2003 und 2005 in der Migrationsstelle arbeitete. Véliz bestritt den Vorwurf und nannte ihn einen Angriff auf ihre Institution. (PL)

## **Jafeth Cabrera sagt, dass Militärjeeps überall herumfahren dürfen**

**Guatemala, 10. Okt.-** Vizepräsident Jafeth Cabrera bestätigte diesen Mittwoch, dass das Land autonom in seinen Entscheidungen sei und daher entscheiden könne, an welchen Orten (Militär-)Fahrzeuge, die von den USA gespendet worden waren, herumfahren können.

Cabrera antwortete derart auf die Fragen über den Einsatz der Militärjeeps des Typs J8 am 31. August, während Präsident Jimmy Morales verkündete, dass er das Mandat der CICIG nicht verlängern werde. An jenem Tag wurden diese Fahrzeuge vor dem Büro der CICIG und vor der US-Botschaft abgestellt. Sie waren laut amtlichen Dokumenten extra für diese Fahrten aus Zacapa in die Hauptstadt gebracht worden.

„Es ist eine Sache, wie die Medien damit umgehen, wir haben nichts Unerlaubtes getan, sondern die Bevölkerung Guatemalas geschützt“, erklärte Cabrera am Mittwoch. Er versicherte, dass „wir niemanden eingeschüchtert haben (...), sondern was wir wollten, war, die GuatemaltekenInnen zu beschützen. Wenn sie sie es so verstehen wollen, dass es zu einem anderen Zwecke geschehen sei, so ist das Ihre Sache“, sprach er die kritischen JournalistInnen direkt an.

Der Vizepräsident erklärte weiter, „wir als souveränes Volk können Entscheidungen über die Überwachung unseres Landes selbst treffen“. Dank der Autonomie des Landes „können wir darüber entscheiden, wem wir die Überwachung des Landes übertragen (...), in einem Land voller Konflikte und alltäglicher Kriminalität. Und das tun wir“.

### **Anordnung des Innenministeriums**

Laut amtlicher Dokumente haben MitarbeiterInnen des Innenministeriums angeordnet, die Militärfahrzeuge zum Schutz der Botschaften Mexikos, der USA und dem Sitz der CICIG in die Hauptstadt zu verlegen. Laut diesen Informationen, seien es Militärkräfte der Aufgabenbereiche Chortí und Xinca gewiesen, die am 31. August in die Hauptstadt verlegt und der Zivilen Polizei PNC zur Verfügung gestellt wurden. Die Dokumente vom 5. September legen nahe, dass die Anordnung der Verlegung aus Zacapa und Jutiapa von dem Staatssekretär im Innenministerium, José Alfredo Olazabal Mendizábal, mit Hilfe des Rechtsberaters in der Anti-Drogen-Einheit, Héctor Mejía Secaida, via WhatsApp verbreitet wurde.

### **Petition aus dem US-Kongress**

Gestern haben die beiden demokratischen US-Kongressabgeordneten Eliot Engel (Mitglied des Auswärtigen Ausschusses) und Seth Moulton (Mitglied des Ausschusses für bewaffnete Dienste) einen Brief an den US-Außenminister, Mike Pompeo, geschickt, in dem sie die Beendigung der Überlassung von Militärmaterial an Guatemala fordern, solange nicht geklärt sei, warum diese Fahrzeuge an den beiden Orten (CICIG und US-Botschaft) Streife fahren. „Diese Fahrzeuge haben die USA Guatemala im Kampf gegen DrogenhändlerInnen zur Verfügung gestellt und sind normalerweise 90 Meilen von der Hauptstadt entfernt stationiert.“ Und weiter heisst es in dem Brief: „Unsere Vereinbarung mit Guatemalas Regierung fordert, dass die USA im Voraus über jeglichen Versuch, diese Fahrzeuge zu anderen Zweck als dem vereinbarten zu nutzen, informiert werden.“

## **Überlebender des Massakers von Dos Erres erkennt einen Kaibil vor Gericht wieder**

**Guatemala, 10. Okt. -** Der Kleinbauer Salomé Armando Gómez Hernández sagte in dem Prozess gegen den pensionierten Militär Santos López Alonzo aus, ihn während des Mordes an 199 Personen in dem Ort Dos Erres, Landkreis La Libertad, Departamento Petén, im Jahre 1982 gesehen zu haben.

Das Hochsicherheits-Strafgericht C hörte die Ausführungen des Überlebenden des Massakers an, das vor 36 Jahren von Mitgliedern der Elitetruppe der Kaibiles in Dos Erres begangen wurde. Während seiner Zeugenaussage stand er im Zeugenstand und erkannte den ex-Militär Santos López Alonzo, der im Gefängnis sitzt und Angeklagter in einem Prozess wegen Beteiligung an dem Geschehen ist. „Ich habe ihn an diesem Tag gesehen. Ich war bei dem Massaker anwesend und bin geflohen. Seit diesem Tag des Massakers bis heute sehe ich ihn immer wieder. Ich war 11 Jahre alt, aber dieser Mann ist mir bekannt, ich habe ihn gesehen, als er dies tat“, begann der 48 Jahre alte Gómez Hernández seine Aussage. Er konzentrierte sich auf das, was er gesehen hatte, als die Kaibiles den Ort umzingelten und dort vom 4. bis 6. Dezember 1982 ein Massaker begingen, um 22 Gewehre zurückzuerhalten, die die Guerilla gestohlen hatte.

„Ich kenne diesen Mann. Alle, die gekommen waren, töteten. Ich habe es gesehen. Eine Gruppe ging zu den Männern, um sie zu erschiessen und eine andere Gruppe ging zu den Frauen, um die zu erschiessen“, sagte er.

Gómez Hernández erinnerte sich daran, wie dieser Ort war, an dem er mit seinen Eltern und seinen neun Geschwistern aus Morales, Izabal, angekommen war, als er sechs Jahre alt war. „Ich erinnere mich, dass es meinem Vater - Meliton Gómez- sehr gefiel, etwas zu säen. Das Leben war einfach, wir hatten Frieden und wir waren glücklich, bis diese Männer kamen und das Massaker anrichteten“, berichtete der Zeuge.

Der Kaibil López Alonzo steht seit vergangener Woche vor Gericht. Er wurde am 10. August 2016 aus den USA ausgeliefert, wo er seit 2001 lebte. Die Richterin Claudette Domínguez eröffnete den Prozess gegen López Alonzo am 24. August. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt ihn des Mordes, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer Delikte.



## **Raubzug**

Der Zeuge, der in der Hauptstadt wohnt, weinte, als er sich an den Tod seiner Onkel und Tanten und Brüder erinnerte. Am Morgen des Massakers brach er zusammen mit seinem Vater nach Las Cruces auf, um Medikamente zu kaufen. Als sie zurückkehrten, wurden sie von den Militärs aufgehalten, die jeweils ein rotes Taschentuch auf einem ihrer Arme oder um ihren Hals trugen. „Sie brachten die Männer in die Schule. Dort folterten sie sie. Die Frauen und die Kinder brachten sie in die evangelikale Kirche. Ich erinnere mich, dass ich begann zu beten und Gott sprach zu mir, ich solle fliehen“, erklärte Gómez Hernández. Die Flucht von Gómez Hernández gelang, als ein Militär die Frauen zu einem Bürgersteig führte. „Ich ging hinter dem Mann. Ich wusste, dass ich fliehen musste. In einem Augenblick zog der Militär die Frau an den Haaren und ich lief davon, floh und versteckte mich in einem Baum. Dort versteckte ich mich die ganze Nacht“, sagte er den RichterInnen.

„Frühmorgens stieg ich herab und näherte mich dem Ort. Ich hörte die Männer sagen: 'Beenden wir das ganze, lass uns weitermachen, lass uns den Ort säubern'. Ich erinnere mich, dass sie die Kinder eins nach dem anderen erschossen“, erklärte der Landarbeiter. Gómez Hernández hat niemals die Begriffe Soldaten, Kaibiles oder Heer benutzt. Immer nannte er sie „diese Männer“. Auf Fragen des Staatsanwalts für Menschenrechtsfragen, Erick de León, sagte der Zeuge, dass er diese Männer sogar in der Kleidung, den Schuhen und den Hüten gesehen hat, die sie den Massakrierten weggenommen hatten.

## **Andere aus seiner Familie im Zeugenstand**

Die Familienangehörigen von Gómez Hernández, Sandira Orfiia, María Eugenia und Raúl de Jesús betraten ebenfalls als Zeuginnen den Gerichtssaal. Deren Ausführungen wurden von den RichterInnen Elvis Hernández, Eva Recinos und Bertha Argueta verfolgt. Die spanische Psychologin Nieves Gómez berichtete den RichterInnen über die Leiden, die das Kind Ramiro Antonio Osorio Cristales erlitt, der in der Gewalt von López Alonzo blieb und von diesem illegalerweise als sein Sohn registriert wurde.

## **Kaibiles, die bereits wegen Dos Erres verurteilt wurden**

Eine erste Gruppe von Militärangehörigen, die wegen des Massakers von Dos Erres vor Gericht gestellt wurden, bestand aus den Kaibiles Manuel Pop Sun, Reyes Collin Gualip und Daniel Martínez Méndez sowie dem Leutnant Carlos Antonio Carías López. Sie alle wurden 2011 zu 6.060 Jahren Haft verurteilt. Ein Jahr später verurteilte ein anderes Gericht den Kaibil Pedro Pimentel Ríos zu einer weiteren Strafe. Er war ebenfalls aus den USA ausgeliefert worden.

## **Roxana Baldetti wird zu 15,5 Jahren Haft im Fall Amatitlán («Zauberwasser») verurteilt**

**Guatemala, 9. Okt.** - Roxana Baldetti Elías soll eine Haftstrafe von 15,5 Jahren wegen des Betrugs im Rahmen der Säuberung des Amatitlán-Sees im Jahre 2015 erhalten. Es ist die erste Verurteilung der ersten Frau, die jemals das Amt einer Vizepräsidentin innehatte, einem der wichtigsten Ämter des Landes.

### **Es dauerte ...**

Die RichterInnen schlossen die Plädoyers um 10 Uhr und zogen sich im Geheimen zurück, um den Fall zu beraten. Um 19 Uhr lud das Gericht zur Verlesung des Urteils, jedoch dauerte das Warten dann doch noch länger. Im Gerichtsturm konnte man erkennen, dass das einzige Licht, das noch leuchtete, in der 13. Etage lag. Dort, wo die RichterInnen die Beweise analysierten. (...)

### **... mit dem Urteil**

Nach einer 16(!)-stündigen Beratung betrat das Hochsicherheitsgericht C in Gestalt der RichterInnen Pablo Xitumul, Eva Recinos und Elvis Hernández den grössten Saal des Justizwesens, um die Strafen für die 13 Angeklagten zu verkünden. Neun von ihnen befanden sie für schuldig, einer kriminellen Vereinigung anzugehören und gemeinschaftlich einen Betrug begangen zu haben. Es handelte sich dabei um die ex-Vizepräsidentin Baldetti, ihren Bruder Mario, den Unternehmer Hugo Roitman, Pablo González und schliesslich Jorge Cajas, Juan Díaz, Sandra García, Lisbeth Alonzo und Allan Franco. Baldetti und ihr Bruder wurden zusätzlich wegen Vetternwirtschaft verurteilt. Freigesprochen wurde der ehemalige Exekutivdirektor der sog. Behörde zur Nachhaltigen Bewirtschaftung des Einzugsgebiets des Amatitlán-Sees (AMSA). Diese Behörde hatte Baldetti mit ihr ergebenen Personen besetzt.

„Die Beschuldigten haben als eine kriminelle Vereinigung gewirkt. Es waren groteske, teure und unnötige Handlungen mit dem Ziel, den Staat zu betrügen“, sagte der Richter Xitumul. Die Betrugssumme betrug 137 Mio. Q (= 15 Mio. Euro). Das Mittel war ein angebliches Zaubermittel für die Reinigung des stark verschmutzten Sees.

„Die Formel für die Reinigung entpuppte sich als Wasser mit Salz und Chlor, die die Gesundheit schädigt“, fügte er hinzu. „Es ist nicht möglich, diese Massnahmen noch einmal zu verhandeln“, begründete das Gericht seine einstimmige Ablehnung von drei neuen Beweisanträgen, die die Verteidigung beantragt hatte und die sich mit den Razzien gegenüber den Beklagten befassten. Insgesamt gab es 208 Dokumente und 43 Materialproben als Beweismittel, sechs Gutachten wurden erstellt und 28 Zeuginnen vernommen.

Xitumul erklärte, dass „der Hauptschuldige Hugo 'Uri' Roitman ist, der nach dem Erhalt von 20 Mio. Q (= 2,21 Mio. Euro) MitstreiterInnen suchte: Da gab es Pablo Roberto González Barrios (ein ehemaliger Spezialist für Wasserfragen), der ihm die Firma M. Tarcic Engineering Limited als Projektberater empfahl“, sagte Xitumul. Diese Firma gehörte Roitman.

Es ist die erste Verurteilung der 55-jährigen ex-Vizepräsidentin, die im Falle des Zollbetrugs, der unter dem Namen La Línea bekannt ist, ebenso vor Gericht steht wie in den Fällen der Kooptation des Staates in dem Skandal mit dem Hafenbetreiber TCQ. Gegen sie läuft auch ein Auslieferungsantrag der USA, die ihr vorwirft, das mexikanische Drogenkartell der Zetas während ihrer Wahlkampagne 2011 geschützt zu haben. Schliesslich wirft die Staatsanwaltschaft ihr auch Betrug durch Scheinbeschäftigte im Katasteramt vor. Baldetti Elías war als Kandidatin der inzwischen aufgelösten Patriotischen Partei (PP) die erste Frau, die Vizepräsidentin in Guatemala geworden ist. Für diese Partei sass sie in den Jahren 2004 bis 2012 für zwei Wahlperioden im Kongress.

### Verurteilungen

- Roxana Baldetti: 15,5 Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Betrug und Vetternwirtschaft;
- Allan Franco de León: 11 Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug;
- Uri Roitman: 11 Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug; er wurde vom Vorwurf der aktiven Bestechung freigesprochen, ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche ist noch anhängig;
- Sandra Nineth García: 12 Jahre und 8 Monate Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug;
- Lizbeth Alonzo: 12 Jahre und 8 Monate Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug;
- Juan Diego Díaz Sandoval: 12 Jahre und 8 Monate Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug; er wurde vom Vorwurf der aktiven Bestechung freigesprochen, ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche ist noch anhängig;
- Esvin Ramos: drei Jahre Haft wegen Pflichtverletzung, Freispruch vom Vorwurf des Betrugs
- Mario Alejandro Baldetti Elías: 13 Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Betrug und Vetternwirtschaft;
- Pablo González: 12 Jahre und 8 Monate Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug; er wurde vom Vorwurf der aktiven Bestechung freigesprochen, ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche wurde angeordnet;
- Jorge Mario Cajas: 11 Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Betrug.

### Freisprüche

- Sergio Alejandro Marroquín, Marilyn Anabella Sosa und Rubén Torres wurden allesamt vom Vorwurf der aktiven Bestechung freigesprochen, zugleich wurde bei allen ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche angeordnet. (PL, Amerika 21)

### ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

#### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

**Jetzt auch auf Facebook:** [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6